

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 40 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 19 Pfennige. Die Reklameweile 35 Pfennige. Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 130

Altensteig, Samstag den 6. Juni.

Jahrgang 1925

Zur Lage.

Der Entscheidung in den großen Fragen der Außenpolitik sind wir mit dieser Woche einen bedeutenden Schritt näher gekommen. Die Vorkämpfer der Verbandsmächte haben dem deutschen Reichskanzler die Entwaffnungsnote als Antwort auf die deutsche Note vom Januar überreicht und zugleich angekündigt, daß das Schriftstück die Bedingungen enthalte, unter denen die nördliche Rheinlandzone geräumt werde. Als dennoch die rechtliche nicht haltbare Verfloppelung der Entwaffnungs- und Räumungsfrage, so wie sie durch die französische Diplomatie seit Monaten betrieben wurde! Und diese neue Belastung Deutschlands trotz der Feststellung der Reparationskommission auf der Pfingsttagung der Botschafterkonferenz in Paris, daß Deutschland keine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt habe.

Was über die Frage des Sicherheitspaktes und die Vereinbarungen zwischen London und Paris verlautet, ist detail und dunkel, daß man nur daraus entnehmen kann, daß die englische und französische Regierung auf dem Wege zu einer Verständigung auf Kosten Deutschlands sind. Die Reichsregierung, die zunächst noch mit der Prüfung der Entwaffnungsnote beschäftigt ist, wird die Ministerpräsidenten der Länder in kommender Woche zusammenrufen, um mit ihnen die Antwort zu beraten. Dann aber kommt an sie die Aufgabe heran, in der Sicherheitsfrage auf die angebliche französisch-englische Verständigung, die auch in Form einer Note in Berlin zum Ausdruck kommen soll, Antwort zu geben. Darüber dürfte der Nachsommer heraufziehen und jene in der politischen Geschichte so gefährlichen Tage des Juli und August.

Die Vorschläge des französischen Außenministers Briand zum Sicherheitsproblem wurden in einem englischen Kabinettsrat in London nach vorhergehenden Rückfragen in Paris beraten und eine Antwort nach Paris aufgeschickt, die nach den Urteilen der englischen Presse eine deutliche Abfolge an die französischen Pläne entwirft und der deutschen Anregung zustimmt. Da das ganze Spiel um die Sicherheitsfrage mit diplomatischer Geheimnistuerei umkleidet war, ist man auf die Äußerungen der ausländischen Presse angewiesen. Gegenüber französischen Äußerungen im „Matin“, wonach Frankreich die englische Zustimmung zum Durchmarschrecht durch die neutralisierten Rheinlandzonen schon in der Tasche hätte, stehen englische Erklärungen halbamtlicher Natur. Dennoch scheint nach der meist viel besser orientierten französischen Presse festzustehen, daß England in den wichtigsten Punkten der Sicherheitsfrage dem französischen Standpunkt rechtgegeben hat. Sonst hätte nicht Briand am Donnerstag gegenüber Pressevertretern die Erklärung abgeben können, daß über die Grundlagen der Sicherheitsfrage zwischen Frankreich und England vollkommenes Einvernehmen bestehe. Wie glücklich man darüber in Paris ist, geht aus dem „Temps“ hervor, der bereits Deutschland für das etwaige Scheitern eines Sicherheitsvertrages verantwortlich macht. Im Westen würden die Engländer aufrechterhalten und Frankreich würde in keiner Weise gefährdet, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Das bedeutet, daß Frankreich im Kriegsfall im Osten, der etwa zwischen Deutschland und Polen bestehen könnte, die Grenzen im Westen überschreiten dürfte. Wenn diese Auffassung und Vereinbarung zutreffen würde, wäre der Vertrag ablehnen müßte, wäre man in Paris am Ziel der geheimen Wünsche, nämlich das ganze Sicherheitsproblem zu verschlagen, um freie Entfaltung des Uebermutts zu haben.

Insgesamt muß hinsichtlich der Außenpolitik festgestellt werden, daß sich die Lage Deutschlands zwischen den Verbandsmächten verschlechtert hat. Das geht deutlich aus dem Umstand in Italien hervor. Mussolini hat so scharf den Widerstand in der Frage des Anschlusses von Österreich an Deutschland ausgesprochen, daß dieses Problem ruhig verhandelt werden kann. Erst am Donnerstag verführte Mussolini in der Kammer: „Keine Lösung der österreichischen Frage ohne oder gegen Italien“ und send damit seit Jahren den erstenmal auch den Beifall der ganzen Opposition. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker steht eben nur auf dem Papier an. hat nur Geltung gegen Deutschland. Wohl wird die natürliche Entwicklung auf lange Sicht nicht gewaltig unterdrückt werden können, aber Sicherheitsprobleme und Anschlussfrage künden für die deutsche Außen-

politik der nächsten Zeit allerlei Unheil. Ganz abgesehen von der Entwaffnungs- und Räumungsfrage.

Es ist ein Beweis, der europäischen Vormachtstellung Frankreichs, wenigstens auf dem Kontinent, daß Frankreich neben der Aktivität in den europäischen Fragen noch seinen Widerstand führt mit allerlei Kräfteverbraucht und trotz der angestrebten finanziellen Lage. Schon 1904 hat England seine Ansprüche auf Marokko und den Nordwesten Afrikas gegen Frankreich preisgegeben, um dafür den Verzicht Frankreichs auf Ägypten einzutauschen. Von Algerien aus drängen nun die Franzosen seit Jahren nach dem Besitz von Marokko. Der nationale Drang Frankreichs, sich in Nordafrika auszudehnen, ist aber auch auf den Widerstand Italiens und Spaniens gestoßen. Mit Spanien wurden deshalb Teilungsverträge abgeschlossen, Tanger wurde zum 1. Juni d. Js. auf Grund französisch-englisch-spanischer Uebereinkommens internationalisiert. Italien steht als mißtrauischer Beobachter abseits. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sind aber alle diese Eroberungen und Festsetzungen in Afrika nicht in Einklang zu bringen, und der zur Groteske gewordene Völkervertrag, der die Kriege unterdrücken soll, hat auch in dem neuen Mißtrauen in Afrika keine Stimmungen hören lassen. Die Leute vom Rif haben den Spaniern eine Lektion gegeben, daß sie in der Bestimmung ihres Landes mitreden wollen. Nun ist Frankreich an der Reihe. Der Krieg brachte bisher nicht den erwünschten Erfolg für die siegeshungrigen Pariser. Noch ist es Painlevé und Briand gelungen, die Opposition der Linken im Parlament, die übrigens eben diese Regierung befehligt hat, mundtot zu machen und sie vor den Wagen der nationalsozialistischen Eroberungspolitik in Nordafrika zu spannen, genau so wie gegen Deutschland. Man mag daraus entnehmen, was für eine Bedeutung das Geschrei aller Verehrer der Internationale jeder Färbung hat. Konsequentermaßen verhalten sich lediglich die Kommunisten, die auch in Frankreich für die Riffseite Partei ergreifen, aber nicht aus purem Gerechtigkeitsliebe oder um der blauen Augen der Riffiten willen, sondern aus höchst selbstsüchtigen Gründen in dem Bestreben, die Weltrevolution weiterzutreiben.

Die neuen chinesischen Wirren in den Großstädten Chinas, vor allem in Shanghai, Peking, Kanton und Tientsin haben folgenden Anlaß: In einer chinesischen Fabrik wurde ein Kuli getötet, daraus erwachsen Kundgebungen der Arbeiterchaft und der Studenten sowie Zusammenstöße mit der Polizei der fremden Mächte. Da in Shanghai 20 000 Fremde wohnen, ist die Stimmung der Chinesen gegen diese Fremden immer etwas gespannt. Bei den ersten Zusammenstößen gab es weitere Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Die ausländischen stellten Forderungen und die chinesische Regierung protestierte und verlangte ebenfalls Ersatzforderungen. Die Lage verschärfte sich, zuletzt landeten die fremden Mächte Truppen und die politische und diplomatische Verwicklung war da. Der Fremdenhass richtet sich vor allem gegen die Japaner und die Engländer. Eine Art Nationalsozialismus erwachte, die Zusammenstöße mehrten sich, sodas man jetzt bereits mit mehr als 60 Toten und 100 Verletzten rechnet. Letzten Endes spielen freilich dabei die großen Auseinandersetzungen des Ostens eine Rolle: ob Japan oder Rußland in China die Oberhand haben soll. Es scheint, daß die Saat bolschewistischer Agitatoren nun in China aufgegangen ist. Ob aus dem kleinen Feuer in Shanghai nicht noch ein Riesenschand entsteht, kann niemand sagen. Die Zukunftsjahre Chinas hat an die Türe der Zeitgeschichte geklopft.

Seit vierzehn Tagen ist der Nordpolflieger Amundsen verschollen. Mit ihm fünf Begleiter, darunter auch ein Würtemberger. Die Frist von zwei Wochen, die sich Amundsen bis zu seiner Rückkehr im Flugzeug gesetzt hat, ist verstrichen. Die Optimisten nehmen an, daß Amundsen auf dem Wege zum Kap Columbia ist, sofern die Flugzeuge so beschädigt wurden, daß sie nicht mehr benutzt werden konnten. Dieser Tage beginnen die Schiffe „Fram“ und „Hobby“ an der Packeisgrenze der Polarzone mit der Suche nach Amundsen. Auch von Frankreich aus soll ein Hilfsdampf abgeleitet werden. Stimmen aus Amerika wollen wissen, daß schon beim Abflug die überlasteten Flugzeuge Schaden genommen haben. Aber es steht nur das eine fest, daß das Schicksal der Nordpolflieger sehr ungewiß ist und niemand sagen kann, ob sie nochmals zurückkehren werden, wobei jedoch in Rechnung genommen werden darf, daß Amundsen durch seine vielen Erfahrungen in der Polarzone, wie kein zweiter, für die Bedingungen einer Nordpolreise gerüstet war.

Der Inhalt der Entwaffnungsnote

Berlin, 5. Juni. Das Memorandum der Alliierten hat folgenden Wortlaut:

In ihrer Note vom 6. Januar dieses Jahres haben die alliierten Regierungen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß der Stand der Ausführung des Friedensvertrages durch Deutschland ihnen nicht genüge. Deutschland den Vorteil der vorzeitigen teilweisen Räumung angestrebt zu lassen, die im Artikel 429 Absatz 1 jenes Vertrages vorgesehen ist.

Gleichzeitig brachten die alliierten Regierungen zum Ausdruck, den eingehenden Bericht der interalliierten Kontrollkommission abzuwarten, um der deutschen Regierung mitzuteilen, was von Deutschland noch erwartet werden muß, damit jene Verpflichtungen auf militärischen Gebiete gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 als erfüllt erklärt werden können.

Nachdem die alliierten Regierungen diesen Bericht empfangen und geprüft haben, der die sachlichen Verhältnisse der deutschen Regierung gegen die ihr nach Teil 5 des Vertrages von Versailles obliegenden Verpflichtungen feststellt, sind sie bereit in der Lage, die von ihnen angeforderte Mitteilung zu machen.

Die alliierten Regierungen halten es für wesentlich, die allgemeine Meinung in den Vordergrund zu stellen, daß die Gesamtheit der Verträge von Versailles, falls nicht schnell erfüllt geschaffen wird, der deutschen Regierung späterhin die Wiederherstellung eines einheitlichen, das Wohlwollen eines Volkes in Waffen verwickelnden Geistes ermöglichen würde, im fernsten Widerspruch mit dem Friedensvertrage, nach dem das deutsche Heer ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung innerhalb des Reichsgebietes und zum Schutze der Grenzen bestimmt sein soll. Diese Tatsachen sind es, welche die Bedeutung jedes der festgestellten Verträge in das rechte Licht legen und das auch ihrer Gesamtheit einen für den allgemeinen Frieden so gefährlichen Charakter geben.

Um den Vertrag von Versailles in seinen grundlegenden Bestimmungen anzuwenden, ist deshalb die Befreiung der militärischen Verpflichtungen Deutschlands als erfüllt anzusehen. Man muß sich vor Augen halten, daß die in Rede stehenden Verträge den ernstlichen aber nicht den einzigen Beweis für die Nichterfüllung dieses wesentlichen Teiles des Friedensvertrages durch Deutschland darstellen.

Die alliierten Regierungen haben in dem anliegenden Memorandum angeführt: 1. Stand der Erfüllung der Verpflichtungen auf militärischen Gebiete obliegenden Verpflichtungen, wie er sich aus dem Bericht der Kontrollkommission vom 26. Januar 1925 ergibt; 2. Zusammenfassung der Hauptpunkte der militärischen Bestimmungen, in denen die Alliierten noch nicht befriedigt worden sind; 3. Aufstellung der im einzelnen erforderlichen Maßnahmen, hinsichtlich deren die alliierten Regierungen der im Vertrag hierfür vorgesehenen Kontrollkommission alle nötigen Weisungen erteilt haben; 4. Ein Vergleich von den von den Alliierten bereits gemachten Angehörigkeiten, daß die Fortführung der Sachlage unverändert bleibt.

Die alliierten Regierungen sind überzeugt, daß es von dem guten Willen der deutschen Regierung und der deutschen Behörden abhängt, die im dritten Teil des Memorandums behandelten Punkte in verhältnismäßig kurzer Zeit abzustellen.

Ersten Landes ist es nunmehr Sache der deutschen Regierung sein, die Voraussetzungen zu erfüllen, die eine schnelle Räumung ermöglichen würden. Der Schritt wird der Eifer, mit dem sie die erforderlichen Maßnahmen erfüllt, und die Sorgfalt, die sie auf die genaue Durchführung der Bestimmungen des Vertrages verwendet, anzusehen können.

Die alliierten Regierungen hoffen sehr, daß die Reparationskommission in dem anliegenden Schreiben erklärt hat, daß Deutschland keine genauen Reparationsverpflichtungen, so wie sie gegenwärtig festgelegt sind, erfüllt hat. Sie sind deshalb trotz der Forderungen, zu denen sie infolge der Nichterfüllung anderer Vertragsbestimmungen berechtigt sein würden, mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung, die sie der Erfüllung der militärischen Vertragsbestimmungen beimessen, bereit, den Befehl zur Räumung der ersten Besetzungszonen zu geben, sobald die im dritten Teil des anliegenden Memorandums angeführten Punkte behoben sein werden.

Es versteht sich nicht, daß während des zur Durchführung der im Rede stehenden Maßnahmen erforderlichen Zeitraums kein neuer Schritt von Deutschland gegen irgend eine vertragliche Verpflichtung der Ausführung des Artikels 429 ein Hindernis einzuwickeln wird. Nachdem nicht mehr einzuwenden, daß die Kontrollkommission abberufen wird, deren Aufgabe als beendet mit anzusehen werden können. Diese Abberufung wird dem Völkerbund mitgeteilt werden, damit von ihm die zur Durchführung des Artikels 429 des Friedensvertrages beschlossenen Maßnahmen zur Anwendung gebracht werden können.

Schließlich haben die alliierten Regierungen festgehalten, daß die deutsche Regierung in ihren Noten vom 6. und 27. Januar die für die Haltung der alliierten Regierungen maßgebenden Gründe anerkennend ansprechend beurteilt hat. Um jede Möglichkeit eines Mißverständnisses für die Zukunft zu vermeiden, legen die alliierten Regierungen Wert darauf, von neuem, wie schon in ihrer Note vom 26. Januar zu versichern, daß sie sich auch weiterhin an die Bestimmungen des Artikels 429 des Vertrag von Versailles zu halten beabsichtigen. Auch an der Behauptung in der deutschen Note vom 6. Januar, daß die Alliierten mit der Nichtabnahme der Kölner Zone am 10. Januar 1925 eine Vergeltungsmaßnahme ergreifen hätten, können die alliierten Regierungen nicht vorbeigehen. Eine solche Behauptung, die schon in der alliierten Note vom 26. Januar widerlegt ist, stellt ein völliges Mißverständnis der Tragweite der Artikel 429 und 430 des Vertrages dar. Es war Sache der deutschen Regierung, sich den Vorteil der Räumung der ersten Besetzungszonen unter den Voraussetzungen des Artikels 429 durch getreuliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu sichern. Obenstehendes können die alliierten Regierungen anerkennen, daß ihr Beschluß einen Akt darstellt, dessen Schärfe außer jedem Verhältnis zu der Bedeutung der noch nicht erfüllten militärischen Verpflichtungen steht. Unter diesen von der deutschen Regierung in ihrer Note als untergeordnet hingestellten Verpflichtungen befinden sich im Gegenteil Bestimmungen, auf deren wesentliche Befreiung die deutsche Regierung von den Alliierten seit langem, insbesondere in ihrer Kollektivnote vom 20. September 1922, versichtlich aufmerkzaam gemacht worden ist. Zudem hat die deutsche Regierung noch nach dieser Note wiederholt und zwar noch ausdrücklich neue höhere Vertragsbedingungen beantragt, insbesondere durch die Einlösung von Zeitverträgen in die Reichswehr, durch die an sachliche (nach den Vertragsbestimmungen verbundene) Verbände erzielte Verzichtnahme auf militärischen Ausbildung und durch Bestimmung der Aufhebung gewisser Kasernenanlagen in den Provinzen. Immerhin wollen die alliierten Regierungen in dem Hinblick, jede Auseinandersetzung zu vermeiden, nachdem sie in ihrer Zeitlicher Genehmigung haben, aus der deutschen Note vom 6. Januar lediglich die Verpflichtungen herauszufinden, daß die deutsche Regierung bereit ist, alles zu tun, was von ihr abhängt, um schnell zu dem einzigen praktischen Ergebnis zu kommen, deshalb anzuerkennen sie erneut und



nachdrücklich an die deutsche Regierung, daß sie mit dem nötigen guten Willen an die Klärung der noch schwebenden Fragen herantritt, die die Reaktion und der Druck der Völker erhebt. Das ist für sie das einzige Mittel, um nach ihren eigenen Worten Deutschland durch Verzicht eines Teiles des besetzten Gebietes Erlösung zu verschaffen.

Dem Memorandum der Reichsministerien sind zwei Anlagen beigegeben, in denen das erste sich mit den Forderungen der militärischen Abklärung befaßt, während das zweite nur eine kurze Mitteilung der Reparationskommission an die Reichsministerien, datiert vom 2. Mai 1925, enthält, wonach Deutschland seine Reparationsverpflichtungen mit 16 monatlichen Raten abbezahlt hat, gützlich erfüllt.

Der Eindruck der Entwaffnungsnote in Deutschland.

Berlin, 5. Mai. Wenn auch noch kein abschließendes Urteil vorliegt, so ist in politischen Kreisen der Eindruck doch der, daß aus dem Schriftstück der Alliierten hervorgeht, welche gewaltige Leistungen Deutschland auf dem Gebiete der Abrüstung vollzogen hat und wie geringfügig im Verhältnis zu diesen Leistungen die einzelnen Punkte sind, deren Erledigung die Alliierten noch fordern zu können glauben. Dem gegenüber bestreitet es, daß in der Note wiederum die völlig verkehrte Auffassung der alliierten Regierungen über den deutschen Rüstungsstand zum Ausdruck kommt und daß dabei von schweren deutschen Verstößen und von der Nichterfüllung wesentlicher Bestimmungen des Versailler Vertrags gesprochen wird.

Die Note bringt, gegenüber den vorausgegangenen, wenigstens den Fortschritt, daß sich jetzt zum erstenmal mit einiger Sicherheit übersehen läßt, welche konkreten Einzelforderungen die Alliierten in der Entwaffnungsfrage noch an Deutschland stellen wollen, und daß sie ausdrücklich die Verpflichtung eingegangen sind, nach Befriedigung dieser Forderungen endlich die nördliche Rheinlandzone zu räumen. Dadurch hat die Situation eine wesentliche Klärung erfahren.

Der Sicherheitspakt

Paris, 5. Juni. Die französische Antwort auf die letzte englische Note betreffend den Sicherheitspakt ist nach London abgegangen. Frankreich nimmt darin mit Befriedigung von der englischen Absicht Kenntnis, im Rahmen des Versailler Vertrags eine Garantie der Ostgrenzen Frankreichs und Belgiens zu übernehmen. Die Note legt großen Wert darauf, daß England ebenso wie Frankreich nicht die allgemeinen Verpflichtungen verkenne, die es im Versailler Vertrag und im Völkerbundspakt unterzeichnet habe. Frankreich müsse in seiner Antwort auf den deutschen Vorschlag die Teile aufrechterhalten, die besagen, daß Deutschland keinen Schiedsgerichtsvertrag abschließen kann, durch welchen die in den Friedensverträgen enthaltenen territorialen Klauseln in Frage gestellt werden können. Diese Einschränkung müsse sowohl für die Ost- wie für die Südgrenze Deutschlands Geltung haben.

Paris, 5. Juni. Zu der neuen französischen Note an England in der Sicherheitsfrage nehmen die Morgenblätter ausführlich Stellung, und zwar hauptsächlich unter der Betrachtung, daß das Übereinkommen zwischen England und Frankreich über die wichtigsten Grundlagen des Vertrages nunmehr vollständig sei. Es bleiben nur noch Einzelfragen zu regeln, was Briand bei seinen persönlichen Rücksprachen mit Chamberlain zweifellos leicht gelingen wird. Chamberlain wird übrigens von Paris aus zusammen mit Briand nach Genf fahren. Im übrigen ist es nicht unwesentlich, wenn z. B. die „Action Française“ meint, die französische Regierung weigere sich, sich die Hände binden zu lassen und Polen und die Tschechoslowakei aufzugeben, denn dann würde man Deutschland bald in Osteuropa Bollwerke geben. Die englische Regierung habe auch anerkannt, daß Frankreich besondere Verpflichtungen eingegangen sei, die man nicht außer acht lassen dürfe.

Der Sicherheitspakt zu vieren?

Paris, 5. Juni. Nach dem „Petit Parisien“ spricht man jetzt weniger von einem Sicherheitspakt zu fünf, als zu vieren. Das erkläre sich daraus, daß Italien, dessen hauptsächlichste Gefahr in der Grenze Titols liege, einen anderen Pakt abschließen könne, an dem Deutschland, Oesterreich und die Tschechoslowakei, vielleicht auch andere Mächte teilnehmen würden.

Neues vom Tage

Die Suche nach Amundsen

Oslo, 5. Juni. Nach einem Funkspruch von Bord der „Fram“ wird heute früh die Suche nach der Nordpolexpedition an der Packeisgrenze begonnen, da man damit rechnen, daß Amundsen und seine Begleiter zu Fuß nach Spitzbergen zurückkehren werden. Die Hoffnung, daß Amundsen auf dem Luftwege zurückkehren werde, muß nach einem Telegramm aus Oslo endgültig aufgegeben werden, da die dierztägige Frist, die Amundsen als letzten Termin für seine Rückkehr mit den Flugzeugen bezeichnet hat, verstrichen ist. Entweder wird die Expedition im Herbst d. Js. zurückkehren oder erst nach Überwinterung im nächsten Jahre. In Oslo nimmt niemand an, daß die Forscher verunglückt sein könnten. Man glaubt nur, daß die Flugzeuge beim Landen so beschädigt worden sind, daß sie für den Weiterflug nicht mehr brauchbar waren.

Die landwirtschaftlichen Zölle im Reichswirtschaftsrat

Berlin, 5. Juni. Die Reichsregierung legte dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen zur Begünstigung vor. Mit der Beratung des Gesetzesentwurfs ist der durch 6 Mitglieder des Unterausschusses für Landwirtschaft und Ernährung verstärkte Zollratsausschuß betraut worden. Dieser behandelte unter Zugiehung einer Reihe von Vertretern der Wissenschaft und 7 Generalsachverständigen die in dem Gesetzesentwurf vorgesehenen Agrarzölle und nahm die Ausführungen einer Reihe von Sachverständigen entgegen.

Die chinesischen Unruhen.

London, 5. Juni. Nach einer Reutersmeldung aus Peking erklärte sich die Peking Handelskammer gegen den Generalstreik, aber für den Boykott von Gütern und Banknoten der an den Vorfällen in Shanghai beteiligten Länder sowie für die Zurückziehung der Depots aus ihren Banken.

Peking, 5. Juni. Gestern vormittag trat das diplomatische Corps zusammen und entwarf den Text der Antwort auf die Note des chinesischen Außenamts vom 2. Juni, in der das Außenamt gegen das Vorgehen der Polizei in Shanghai gegen die Antihöfischer Einspruch erhob. In der Antwort wird die Verantwortung den Demonstranten zugeschoben.

Peking, 5. Juni. Das chinesische Auswärtige Amt hat eine weitere Note an den italienischen Gesandten als Vertreter der interessierten Mächte geschickt, worin Beschwerde erhoben wird, daß die Polizei von Shanghai wiederum auf das Volk geschossen habe, was neue Opfer gefordert habe. Die Note fordert die Vertreter der Mächte auf, unverzüglich energische Weisungen an die Konsuln in Shanghai zu senden, den Gebrauch von Feuerwaffen einzustellen.

Peking, 5. Juni. Der Sowjetbotschafter Karahan richtete folgende Note an den chinesischen Außenminister: Nachdem ich mit tiefem Schmerz die Erschießung einiger zwanzig chinesischer Arbeiter und Studenten in Shanghai erfahren habe, wünsche ich dem chinesischen Volk meine Gefühle tiefster Sympathie und Sorge, die sicher von den Völkern der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken geteilt werden, auszudrücken.

London, 5. Juni. „Daily Express“ will erfahren haben, daß die japanische Regierung eine dringende Note nach Peking geschickt hat, in der klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Japaner, wenn die chinesischen Behörden nicht in der Lage sein werden, die Ordnung in verschiedenen Städten aufrecht zu erhalten, bereit seien, bewaffnete Land- und Seestreitkräfte in genügender Zahl zu entsenden, um die Aufständischen zur Ordnung zu bringen. Das Blatt erklärt dazu, diese Aktion würde nicht der Erklärung des japanischen Außenministers, nur im Einvernehmen mit den anderen Mächten vorzugehen, entsprechen und weit über die britischen Absichten hinausgehen.

Tokio, 5. Juni. Der Kreuzer „Statuta“ ist mit 200 Matrosen an Bord nach Shanghai abgefahren.

London, 5. Juni. Der „Star“ meldet aus Shanghai: Panzerwagen durchziehen die Straßen. Die Lage ist äußerst ernst.

London, 5. Juni. Laut „Press Association“ verlautet, daß zwei britische Kriegsschiffe in Shanghai eingetroffen sind und daß ein weiteres Kriegsschiff dort anlangte. Der britische Generalkonsul in Shanghai habe um die Landung von 2000 Mann ersucht, die auch erfolgen werde.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 6. Juni 1925.

— **Deutsch-österreichischer Reiseverkehr.** Gemäß einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Vereinbarung mit Oesterreich werden von österreichischen Bundesangehörigen anstelle bisheriger Sichtvermerksgebühren ab 1. Juni 1925 bei Aufweites erhoben: für Sichtvermerke zur einmaligen Durchreise ohne freiwillige Fahrtunterbrechung mit regelmäßiger Höchstdauer von drei Tagen 1 Reichsmark, für Sichtvermerke zur einmaligen Einreise oder Ausreise sowie zur einmaligen Ein- und Wiedereinreise unter Beachtung der allgemein geltenden Bestimmungen über Gültigkeitsdauer 5 Reichsmark; für Sichtvermerke zum beliebig häufigen Grenzübertritt innerhalb zwölf Monaten 10 Reichsmark.

— **Für unsere Blinden.** Eine der jugendreichsten Einrichtungen der Wohlfahrtspflege ist der vor 12 Jahren gegründete, unter der Leitung von Regierungspräsident von Nidel in Neutlingen stehende Württ. Blindenverein. Hauptaufgabe des Vereins, der zurzeit annähernd 600 Blinde betreut, ist, durch gewerbliche Ausbildung und Arbeitsvermittlung möglichst allen Blinden unseres Landes Verdienst nachzuweisen, um sie von privater und öffentlicher Fürsorge frei zu machen, sie durch eine Hilfsrentenkasse in Krankheitsfällen zu schützen und ihnen durch Gewährung von Darlehen eine wirtschaftliche Lebensgrundlage zu ermöglichen. Ein eigenes Blindenheim in Rohr a. F. gewährt alleinlebenden blinden Frauen und Mädchen vorübergehend oder dauernd Unterkunft und Verdienst, eine Zeitschrift in Blindendruck sucht das geistige Interesse, das bei den nach ihnen gewiesenen Blinden meist besonders reger ist, zu befriedigen. Zu allen diesen Aufgaben, deren Erfüllung unsere Blinden nicht nur vor äußerer Not bewahrt, sondern auch ihr inneres Dunkel erhellte, hat der Verein auf die tatkräftige Unterstützung derer, die sich weiser gesunder Augen erfreuen können.

Stuttgart, 5. Juni. (Ausstellung moderner Kachelöfen und Töpfereien.) Anlässlich der Tagung des Arbeitgeberverbandes des Ofensehnergewerbes Deutschlands in Stuttgart veranstaltet der Landesverband württ. Hafnermeister, der Verein f. d. Kachelöfenfabrikanten und der württ. Kachelöfen- und Töpfereiverein im staatlichen Ausstellungsgelände (Kanzleistraße 28) in der Zeit vom 6. Juni bis 15. Juli. Die Ausstellung bietet jedermann wertvolle Anregung.

— **Beislagnahme der Südd. Arbeiterzeitung.** Durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart vom 4. Juni 1925 ist die Nummer 128 der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ vom gleichen Tage wegen Verbrechens der Vorbereitung des Hochverrats auf Grund eines die „Kote Hülse“ betreffenden Artikels beschlagnahmt worden.

Der herabgesetzte Milchpreis. Zu der in der Tagespresse erschienenen Notiz „Keine Milchpreisherab-

setzung“ läßt der Verband Württ. Milchbedarfsvereine erklären, daß es bei der am 1. Juni eingetretenen Herabsetzung des Erzeugermilchpreises um 2-3 pro Liter kein Bewenden hat. Diese Herabsetzung ist begründet nicht nur durch die viel niedrigeren Preisätze in allen anderen deutschen Ländern, sondern noch viel mehr durch die trotz des Preisabfalls auch jetzt noch anhaltende Milchflut, die in dem außerordentlich reichen Futteranfall ihren Grund hat.

Verband für Berufslehre. Der Deutsche Verband für das berufliche Schulwesen hielt hier seine fünf. beauftragte Tagung unter dem Vorsitz von Stadtschulrat Dr. Barth (Stuttgart). Nach verschiedenen Begrüßungen sprach Geh.-Rat Dr. Brudmann über „Qualitätsarbeit und Wettbewerb“, Oberreg.-Rat Dr. Hartmann über die „Apperzeption der Form“. Gleichzeitig fand die Tagung des Reichsvereins deutscher Gewerbelehrer und Lehrerinnen und die Tagung des Reichsvereins der Werkstätte, auf der Prof. Dr. Ing. Friedrich-Karlstube über „Mensch und Arbeit“ sprach. Eine überaus reiche Ausstellung der württ. Gewerbeschulen und eine solche württ. Fachschulen für Metallkunst erregten Aufsehen bei den Gästen über die Leistungen in Württemberg.

Cannstatt, 5. Juni. (Ertrunken.) Gestern mittag ist schon wieder ein junger 18jähriger Mann aus Feuerbach im Neckar ertrunken. Der Fall ist insofern noch besonders tragisch, als der junge Mann mit seinen Freunden vorher Untrunkenheit und das Ertrinken markierte; nachdem die Katastrophe tatsächlich eintrat, wahrscheinlich infolge Krampfes, glaubten die Freunde, es sei Spaß und ließen ihn vor ihren Augen ertrinken. Bis er dann gefunden wurde, verging reichlich eine Viertelstunde und die sofort angeordnete Wiederbelebungsvorläufe blieben ohne Erfolg.

Marbach a. N., 5. Juni. (Wirtverbandstag.) Am 3. Juni hat der 35. Verbandstag des Landesverbandes der Wirtt. Wirtt. Verbände hier mit einer Delegiertenversammlung seinen Anfang genommen. Sie war von etwa 150 Delegierten aus dem ganzen Lande besucht. Die Neuwahl ergab folgendes Bild: 1. Vorsitzender Alfred Weber-Stuttgart, 2. Vorsitzender Fritz Steffel-Stuttgart. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Heidenheim gewählt. Über die das Gewerbe berührenden Fragen wurden eine ganze Reihe Anträge seitens der Vereine eingereicht und am Delegiertentag behandelt. Das Resultat der Beratungen wurde in drei Entschlüsse zusammengefaßt. Eine verlangt eine sofortige einseitige Verlängerung der Polizeistunde für ganz Württemberg bis 1 Uhr nachts. Ferner soll ein Wirt, der rechtzeitig abgehört, und nach Eintritt der Polizeistunde nichts mehr an seine Gäste verabsolgt, in Zukunft nicht mehr bestraft werden, da vor ihm nicht verlangt werden kann, seine Gäste gewaltlos am dem Lokal zu entfernen. Die zweite wendet sich gegen den unerträglichen Steuerdruck und verlangt eine sofortige Aufhebung der ungerechten und unsozialen Sondersteuern, in erster Linie der den Fremdenverkehr unterbindenden Fremdenwohlfueuern. Die dritte richtet sich gegen die Erhöhung der Biersteuer.

Niedernau, 5. Juni. (Handwerkerholungsheim.) Wie aus dem Verband württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen mitgeteilt wird, sind die umfassenden Verbesserungsarbeiten, die den hauptsächlichsten Zweck haben, die stark aufstrebenden Kohlenfäbriken aus dem Gebiete abzuleiten, beendet. Die Anmeldungen bei der Badewerwaltung in Niedernau geben Dank der großen Heilkraft der verschiedenen Quellen sehr zahlreich ein, so daß den Handwerkermeistern und Gewerbetreibenden nur anzuregen ist, rechtzeitig in Niedernau anzumelden, weil sonst eine Gewähr für die rechtzeitige Aufnahme im Bad nicht gegeben werden kann.

Steinheim a. Murr, 5. Juni. (In die Senje gefallen.) Beim Futterholen fiel die Ehefrau des R. Fink in die Senje, die ihr die Lunge durchstach, sodas sie schwerverletzt nach Hause gebracht werden mußte.

Böblingen, 5. Juni. Von den 34 in Berlin gestarteten Flugzeugen sind in Stuttgart-Böblingen 27 angekommen. Davon haben 13 Böblingen überflogen und 14 sind gelandet. Von den letzteren sind 13 wieder gestartet, während nur ein Flugzeug übernachtete. Das Flugzeug 689 mußte in Schwab. Hall eine Notlandung vornehmen, ist aber noch in den Abendstunden gestartet, nachdem zuvor der Notlandungsplatz abgemäht worden war. Der Flieger Schreier auf Daimler 608 ist erst nachmittags in Berlin gestartet.

Böblingen O. Rottweil, 5. Juni. (Tot aufgefunden.) Der 43 Jahre alte ledige Kader Bantle von hier wurde morgens in der Nähe von Epsendorf auf dem Bahndamm vom Zug überfahren tot aufgefunden.

Schoeningen, 5. Juni. (Zur Stadtortswahl.) Der Gemeinderat hat sich mit den Vorbereitungen für die Wiederbesetzung der Stadtortswahl beschäftigt. Für die Vorstellung der Kandidaten ist der 27. oder 28. Juni in Aussicht genommen. Der Wahltag selbst soll auf den 12. Juli festgelegt werden.

Obersendorf O. Waldsee, 5. Juni. (Töblicher Sturz.) Der 66 Jahre alte Zimmermann Michael Heber stürzte von einer Leiter rückwärts herunter und brach das Genick, so daß er verstarb.

Ursel O. Besigheim, 5. Juni. (Das Schießen.) Auf der Straße Ursel-Ursenstein wurde ein 19jähriger, von Unterheurniet gehärteter, hier bediensteter Knecht tot mit einer Schußwunde im Kopf aufgefunden. Vermutlich liegt ein Unglücksfall durch unvorsichtiges Schießen mit einem Terzerol vor.

Böblingen, O. Spaichingen, 5. Juni. (Abgeschnittene Hand.) Ein schulpflichtiges Kind des Wälders und Bauern Karl Reiner brachte die linke Hand in die Futterheilmaschine. Der Vater hatte noch kurz vorher die Messer geschärft. Das Kind verlor seine Vorderhand vollständig.

Weingarten, 5. Juni. (Ein neues Heimspiel.) Eduard Eggert, der Dichter des so erfolgreichen Friedrichshafen Heimspiels „Frau Wendelgard“ hat soeben eine neue

dramatische Dichtung vollendet, die die „Welfensage“ behandelt. Die Stadt Weingarten, die Geburts- und Grufstätte des berühmten Geschlechts der Welfen, hat sich das alleinige Recht der Aufführungen dieses Stückes gesichert.

Munderfingen a. D., 5. Juni. (Einsturz.) Gegen 14 Uhr stürzte unter donnerähnlichem Getöse der Giebel eines mehrstöckigen alten Hauses ein, in dem früher die Wirtenschaft zum Löwen war. Das Haus trägt die Jahreszahl 1680 und zeichnete sich wie die aus jener Zeit stammenden Nachbarhäuser durch einen außerordentlich hohen Giebel aus.

Jungingen in Hohenzollern, 5. Juni. (Tödlicher Ausgang.) Das fünfjährige Töchterchen des Alfred Bumiller „zur Post“, das in dem Augenblick, als es die Straße überqueren wollte, von einem Kraftwagen gestreift wurde, erlitt eine Gehirnerschütterung, zu der sich eine Gehirnentzündung gesellte, an der das Kind erlag.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Vier Knaben in einer Sandgrube vergraben. In Edenzell bei Ingolstadt ereignete sich am Mittwochabend ein bedauerlicher Unglücksfall, dem vier Knaben im Alter von 4 bis 8 Jahren zum Opfer fielen. In einer in der Ortschaft gelegenen Sandgrube vergnügten sich 5 Knaben damit, Häuser zu bauen. Plötzlich eilte einer der Jungen nach Hause und erzählte, daß das Haus eingestürzt sei. Beim Nachgraben in der eingestürzten Sandgrube konnte man die vier Spielkameraden nur noch als Leichen bergen. Darunter befanden sich zwei Brüder.

Der deutsche Kommunist Stöder in Glasgow. In der von Reuter und mehreren Blättern gedachten Nachricht, der deutsche Kommunist Stöder habe an dem kommunistischen Kongress in Glasgow nicht teilgenommen und die Person, die sich als Stöder ausgegeben habe, sei ein Strohhalm gewesen, meldet das Arbeiterblatt „Daily Herald“, Stöder erschien am Mittwochabend persönlich in der Redaktion des Blattes und zeigte seinen offiziellen Reisepaß als Mitglied des Deutschen Reichstages vor.

Schwedischer Flottenbesuch in deutschen Häfen. Vom 5. bis 9. Juli werden schwedische Kriegsschiffe die Häfen Kiel und Swinemünde besuchen. Nach Kiel werden zwei Panzerkreuzer, vier Torpedobootzerstörer, eine U-Bootflottille, eine Minenjagdflottille und ein Flugzeugmuttergeschiff mit Flugzeugen und Reiseflüssen kommen. Swinemünde wird von einer Torpedoflottille angelaufen werden.

Bermischtes.

§ Gegen das Borgunwesen. Vom Württ. Mittellandsbund für Handel und Gewerbe wird uns geschrieben: Vor dem Kriege hatte in Deutschland in erschreckend zunehmendem Maße das ungebührlich lange Kreditgeben und Kreditfordern in den gewerblichen Handelskreisen Platz gegriffen. Diese Borgwirtschaft wurde als ein schwerer und trotz aller Kämpfe auch schwer zu beseitigender Mißstand empfunden. Und mit Recht! Hat doch das Borgunwesen die allergrößten Nachteile für die Erzeuger wie für die Verbraucher im Gefolge. Bei schlechtem Eingehen der Außenstände wird es in den meisten Fällen den Handels- und Gewerbetreibenden unmöglich sein, den Zahlungsverpflichtungen ihren Lieferanten gegenüber nachzukommen. Die Folge davon ist, daß sie überhaupt nicht mehr einkaufen können oder nur noch zu wesentlich ungünstigeren Bedingungen; dies muß natürlich auf die Preisgestaltung einwirken. Der Währungsverfall hatte eine erfreuliche Begleiterscheinung. Er brach reißend mit dem Borgunwesen, weil es sich nicht mehr aufrechterhalten ließ.

Mit dem Eintritt stabiler Währungsverhältnisse stellte sich auch sogleich die Borgwirtschaft wieder ein. Die Klage der Handels- und der Gewerbetreibenden über schlechte Bezahlung ihrer Forderungen war zu Anfang noch selten, in letzter Zeit häufen sie sich in erschreckendem Maße. Mit aller Energie muß gegen die Borgwirtschaft angegangen werden. Noch ist es Zeit! Es muß dafür gesorgt werden,

daß die Borgwirtschaft nicht wieder betätigt werden kann. Es liegt auch im eigenen Interesse der Kundenschaft, daß sie für pünktliche Begleichung ihrer Rechnungen Sorge trägt, denn nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, zu günstigen Preisen seine Arbeit zu liefern. Es liegt auf der Hand, daß bei einer Borgwirtschaft die Preise sich erhöhen müssen. Denn einerseits werden Handel und Gewerbe dadurch genötigt, unnütze Kredite in Anspruch zu nehmen, die heute sehr teuer sind und andererseits treten auch dadurch manche Verluste ein, weil später die Forderung vielleicht überhaupt nicht eingeht. Diese ganzen Unkosten müssen natürlich auf die Preisgestaltung von Einfluß sein und bei der Aufstellung der Preise berechnet werden. Die Kunden schaden sich daher selbst, wenn sie nicht auf pünktliche Begleichung ihrer Rechnungen sehen. Es liegt daher im beiderseitigen Interesse, daß die Borgwirtschaft nicht wieder eingeführt wird.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Preisliste vom 5. Juni 1925

	Gold	Brief	Gold	Brief
London (1 Pfund Sterling)	20,382	20,404	20,386	20,408
New-York (1 Dollar)	4,195	4,205	4,195	4,205
Amsterdam (100 Gulden)	168,51	168,50	168,64	168,66
Brüssel (100 Francs)	30,05	30,11	30,09	30,06
Paris (100 Francs)	18,79	18,83	18,70	18,74
Wien (100 Schilling)	20,55	20,61	20,415	20,475
Schweden (100 Kronen)	51,265	51,405	51,285	51,425
Dänemark (100 Kronen)	61,12	61,22	61,17	61,27
Oslo (100 Kronen)	59,05	59,20	59,054	59,194

Wirtschaft

Großhandelsindex. Die auf den 1. Juni berechnete Großhandelsindexzahl ist gegenüber dem Stande vom 27. Mai (133,4) um 0,2 v. H. auf 133,6 zurückgegangen. — Für den Durchschnitt Mai-rotter lag eine Steigerung der Großhandelsindexzahl von 131,0 im Durchschnitt April auf 131,9 oder um 0,7 v. H.

Börse

Berliner Börse vom 5. Juni. Die Börse eröffnete im Aktienmarkt dreien bis heute naturgemäß zum die Gerüchte im Rentenmarkt. Die offiziellen Mitteilungen darüber berichteten nicht und man war geneigt, auch für andere große Industriekonzernabwärtige Kreditwertigkeiten zu befürchten. Die Rentenmärkte blühten im Verlauf 2-4 Prozent ein. Handelsstaatliche Anleihen wurden niedriger abgeben. Auch Staatsrentenabwärtige hellten sich etwas niedriger. Der Geldmarkt blieb unverändert.

Staatlicher Börse. Die Unruhe am Aktienmarkt hielt bei ruhiger Abmilderung des Verkehrs an. Die Verkaufsbewegung überwiegt auch heute und die Tendenz war, von wenigen Kursaufschwüngen abgesehen, nicht vorwiegend schwach.

Frankfurter Börse vom 5. Juni. Die Stimmung neigte anfangs erneut zur Schwäche und wurde schließlich ansoberoben matt. Der Markt war wiederum von einer großen Unruhe beherrscht, die unterstützt wurde von einer weitgehenden Zurückhaltung, wodurch das Geschäft eine hartere Beeinträchtigung erfuhr. In den schon bestehenden trübseligen Vorgängen in der Industrie ist ein neuer, recht einschneidender Faktor hinzutreten, nämlich die Rückwärtsbewegung im Rentenmarkt, die an der Börse in den Vordergrund der Erörterung trat.

Getreide

Berliner Produktbörse vom 5. Juni. Weizen märz. 264-267, Roggen märz. 214-218, Sommergerste 226-242; Wintergerste und Sommergerste 208-218, Hafer märz. 235-243, je der 1000 Klgr. Mais loco Berlin 228-231, Weizenmehl 34-36,50, Roggenmehl 29,75-31,75, Weizenkleie 18,50, Roggenkleie 14,10-14,50, Hülsenfrüchten 28-37.

Mannheimer Produktbörse vom 4. Juni. Die Preise verließen sich per 100 Klgr. netto wassergefreit Kornmehl ohne End. Weizen mal. 29-30, ausl. 29,50-32, Roggen mal. 24,25-24,50, ausl. 24,50, Mais gelb (mit End) 24, Weizenkleie 19,50-22, Weizenmehl mit End 29-30, Roggenmehl mit End 29-32, Weizenkleie 18,25.

Wäpste

Schweinepreise. Württemberg: Käufer 55-70, Württemberg 22-45 Markt. — Vauheim: Württemberg 50-55, Käufer 50-55. — Völklingen: Württemberg 25-40, Käufer 48-100 A. — Forstheim: Württemberg 25-30, Käufer 22-50 A. — Wellinghofen: Württemberg 24-31 A. — Obersteinheim: Württemberg 29-35 A. je das Stück.

Wachse. Obersteinheim: Röhre 300-325, Junzweil 105 bis 138. — Vauheim: Käufer und Verkäufer 20-350, Röhre 450 bis 970, Röhre 450-520, Cohn und Seiler 650, Narren 180-400, Württemberg 200-215 A pro Stück.

Wahrscheinliches Wetter für Sonntag und Montag

Der Hochdruck im Westen besteht fort. Unter seinem Einfluß ist für Sonntag und Montag vielfach heiteres, jedoch zu örtlichen Gewittern geneigtes Wetter zu erwarten.

Unsere Zeitung bestellen!

Altensteig-Stadt.

Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer-Vorauszahlungen

sind monatlich je bis zum 8. (Schonfrist bis 10.) ds. Mts. zu bezahlen.

Ab 11. ds. Mts. ist Zuschlag zu berechnen.

Zur Zahlung verfallen sind pro 1925 die Raten für April, Mai und Juni.

Die Gewerbesteuer beträgt 1/3 der Einkommensteuer.

Die Grund- und Gebäudesteuer wird auf Anfrage von der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt.

Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung des Stadtschultheißenamts vom 4. Mai 1925 verwiesen.

Stadtpflege.

Wildberg.

Fichten-Gebrüden-Verkauf.

Am Mittwoch, den 10. Juni 1925, bringt die Stadtverordnetenversammlung Wildberg ihren diesjährigen geschätzten Anfall an Fichtengebrüden aus den Sommerfällungen im Submissionsweg zum Verkauf und zwar aus

Bogeltrieb ca. 70 rm.

Klosterwald (Bogeltrieb) ca. 10 rm.

Schriftliche Angebote wollen bis spätestens Mittwoch, den 10. Juni 1925, vormittags 1/2 8 Uhr bei der unterzeichneten Stelle eingereicht werden.

Stadtschultheißenamt.

Letzte Nachrichten.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

WTB. Paris, 5. Juni. Die „Information“ bringt folgende Mitteilung: Die franz. und die deutschen Delegierten für die Handelsvertragsverhandlungen haben gestern eine Sitzung abgehalten. Man bewahrt über den Stand der Beratungen das größte Stillschweigen. Sie scheinen indessen einen normalen Verlauf zu nehmen.

Aufgedeckter Attentatsplan gegen den König von Spanien.

WTB. Paris, 5. Juni. Aus Perpignan eingegangenen Nachrichten, die durch Havas verbreitet werden, melden die Aufdeckung eines Attentatsplanes gegen König Alfons von Spanien. Diefen Telegrammen zufolge soll einige Kilometer von Barcelona an der Eisenbahnstrecke Madrid-Barcelona, die der Hofzug am 4. Juni passieren mußte, eine Bombe starken Kalibers entdeckt worden sein. Im Zusammenhang damit sollen 19 Personen, meist Studenten und Handlungsgehilfen, die den neuesten Nachrichten zufolge, der Extremistischen Katalonischen Geheimgesellschaft angehören, verhaftet worden sein.

Rückkehr der italienischen Opposition ins Parlament.

WTB. Rom, 6. Juni. Dem „Corriere d'Italia“ zufolge werden die Parlamentariergruppen der Opposition die Kammer, die sie vor einem Jahre nach dem Morde an Matteotti zum Protest verlassen hatte, wieder betreten und zwar gelegentlich der Debatte über die Beamtenabbauvorlage.

Hilfsaktion für Amundsen.

WTB. Oslo, 6. Juni. In einer Sitzung des Norwegischen Luftfahrvereins wurde beschlossen, die 4 Rückkehrwege für Amundsen unter Kontrolle zu halten und hierzu sich auch an den französischen Polarforscher Charcot und an das in New-York für Amundsen gebildete Komitee zu wenden. In einem Interview erklärte der schwedische Polarforscher, Nanzen, Amundsen werde zweifellos versuchen, Kap Columbia zu erreichen, wenn es ihm geglückt sei, den Pol zu erreichen, daß er jedoch die Flugzeuge dann nicht mehr benutzen könne.

Schwere Kämpfe in Marokko.

WTB. Paris, 5. Juni. Die Havasagentur meldet: Wie aus Rabat berichtet wird, haben die Abdel Krim ergebenden Dissidentenstämme eine heftige Offensive gegen das Gebirge von Tauenat eröffnet. Die franz. Truppen hatten sich anfangs etwas zurückgezogen. Nach dem Eingreifen der Truppe Freyenberg ist aber der Kampf zu Gunsten der Franzosen fortgesetzt worden. Wie weiter gemeldet wird, soll die Schlacht, die augenblicklich noch andauert, sehr harte Kämpfe gebracht haben, doch hat die Kolonne Freyenberg die Oberhand.

Große Hitze in New-York.

WTB. New-York, 6. Juni. Wegen der großen Hitze bleiben heute hier die Geschäfte geschlossen.

Streikende chinesische Polizisten.

WTB. Shanghai, 6. Juni. 400 chinesische Polizisten haben sich den Streikenden angeschlossen.

Abwartende Haltung Japans.

WTB. Tokio, 6. Juni. Der japanische Kreuzer, der vorgestern den Befehl erhielt, sich mit 200 Mann Marine-truppen nach Shanghai zu begeben, ist noch nicht abgefahren. Das Marineamt will erst die weitere Entwicklung der Lage dort abwarten.

Leichte Besserung der Lage in China.

WTB. London, 6. Juni. Reuter zufolge lassen die letzten eingegangenen Nachrichten eine leichte Besserung erkennen. Von einer dringenden Note der japanischen Regierung an die Peking Regierung sei nichts bekannt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kaul, Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Mündliche Verannmachiung.

Schulärztliche Untersuchungen 1925.

An die Schullehrer, ersten und einzigen Lehrer des Bezirks!

Die schulärztlichen Untersuchungen für das Schuljahr 1925/26 werden in Kürze beginnen. Zur genaueren Untersuchung kommen in diesem Jahre der Jahrgang I (Eintritt in die Volksschule 1925), Jahrgang IV (Eintritt 1922) und I (Eintritt 1919).

Die nötigen Gesundheitsbogen werden an sämtliche Gemeinden verschickt. Die Köpfe dieser Bogen sind schon jetzt soweit es nicht schon geschehen, auszufüllen, damit die Bogen der einzelnen Kinder am Tag der Untersuchung für die Entwürfe des Schularztes bereit liegen.

Ragold, den 4. Juni 1925.

Oberamt: Der Oberamtsarzt: Baitinger. Dr. Humald.

Hochzeitskarten
fertigt schnell und billig die
W. Richersche Buchdruckerei
Altensteig.

Herzliche Einladung

zur jährlichen Bezirksbrüderkonferenz
in Nagold am 10. Juni im Vereinshaus nachm.
2 Uhr
Missionar Seeger.

Bauholzverkauf.

Aus den schifferschaftlichen Walddistrikten Schramberg-
halde, Schrambergene, Hornwald, Schönminz-Langenbach,
Stöckberg und Herrenbronn werden

ca. 4000 Im Stämme III.—VI. Kl. und Abschn. I.—III.
Klasse von La., Fi. und Fo. dem submissionsweisen Verkauf
unter den für die bad. Staatswaldungen üblichen Beding-
ungen ausgesetzt. Gebote wollen verschlossen und mit der
Aufschrift „Submissionsangebot“ versehen bis spätestens
zum 19. ds. Mts. nachmittags 5 Uhr bei dem Forstamt II
in Forbach (Baden) eingereicht werden. Abgabe eines
Gebotes gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen.
Bieter bleibt 5 Tage an sein Wort gebunden. Fuhrlohne
4—7 M. Nähere Auskunft durch das Forstamt.

Wir halten großes Lager in

Schanfeln mit und ohne Stiel, Kreuz-
pikel, Kreuzpikelformen, Hebeisen,
Steinspalthammer, Postierhammer,
Steinschlegel, Handsämel, Maurer-
hammer, Mauerkellen, sowie alle
übrigen Werkzeuge für Bauhandwerker

bei sehr billigen Preisen

Berg & Schmid

Nagold.

Fussbodenriemen, Krallentäfer

und sonstige Hobelware, auch Pitsch-Pine,
liefern billigt. Gutes Paffen. Trockenanlagen

Graf & Kohler, Hobelwerk, Dornstetten, Tel. 1.



Artikel Platten Papiere Chemikalien

Photo-Apparate für Anfänger u.
Fortgeschrittene
(Entwickeln und Kopieren wird angenommen)

Schwarzwald-Drogerie

Fritz Schlumberger, Altensteig
gegenüber dem „Grünen Baum“
Tel. Nr. 50.



Verkaufe den

Gräsertrag

von meinem Acker.
Gastler, Altensteig.

Kirchliche Nachrichten.

Dreieinigkeitsfest, 7. Juni.
vorm. 10 Uhr Predigt
über Matth. 11, 25—27.
Lied 392, 283.

Nachher Missionsgottes-
dienst mit den Kindern.
Nachmittags 2 Uhr Be-
zirksmissionsfest.
Redner: Missionar Stahl
von Calw.

Inspektor Lorch
von Großheppach.
Pfarrer Schmid
von Simmersfeld.

Opfer für die Bas-
ler Mission.
Die Christenlehre fällt aus.
Am Mittwoch Abend 8 1/2
Uhr Bibelstunde im
Lutherjaal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 7. Juni.
Jugendtag, vorm. 10
Uhr Predigt, vorm. 11
Uhr Sonntagsschule, nach-
mittags 1/2 Uhr bei gün-
stiger Witterung Jugend-
waldfest bei Egenhausen.
abends 8 Uhr Predigt.
Dienstag ab. 1/2 9 Uhr Jung-
frauen-Verein.
Mittwoch ab. 8 1/2 Uhr Ge-
beterversammlung.

Altensteig-Stadt.

Freiwillige Feuerwehr.

Am Montag, den 8.
Juni ds. Js. rückt die

2. und 3. Komp.

zur Übung aus. Antreten
präzise 7 Uhr abends.

Den 5. 6. 25.

Das Kommando.

Diejenigen Mitglieder,
welche am Sonntag den 28.
6. 25 das Feuerwehrfest in
Gäldlingen besuchen wollen,
werden aufgefordert, sich spä-
testens bis 15. Juni beim
Kommando anzumelden.
(Fahrt frei).

Sämtliche Feuerwehrprofi-
ziere haben sich am Montag
Abend 9 Uhr beim Geräte-
haus einzufinden.



Zurb. Altensteig.
Sonntag 21. Juni
Wanderung für
Mitgl. mit Angeh.
Mummelsee-Hor-
nisgrinde-Baden.
Höhe-Schwarzenbach. Näh.f.
u. Skizze im Aushangkasten.

Wart.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am

Donnerstag, den 11. Juni 1925
in unserer elterlichen Wirtschaft

stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

Heinrich Dürr

Bäcker
Sohn des
Phil. Dürr, Landwirts

Katharine Fenchel

Tochter des
Lorenz Fenchel, Wirts

Kirchgang um 1/2 12 Uhr.

Statt Karten!

Breitenberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Be-
kante zu unserer am

Dienstag, den 9. Juni 1925

im Gasthaus z. Krone in Breitenberg

stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen

Johs. Hörmann

Anna Maria Fenchel

Kirchgang um 12 Uhr in Breitenberg.

Druckarbeiten

in einfacher und feiner Ausführung
liefert die W. Riekersche Buchdr.

Altensteig.

Ober-Leder

in verschiedenen Sorten

(auch für Sattler geeignet)

Kalbleder, Borkalb, Futterleder, Schurzelle
Bache-Abfälle empfiehlt billigt

Joh. Seeger Gerberei

F. Bäessler, Herrenkleidergeschäft, Altensteig

empfehl

Sommerüberzieher

Sommerlodenmäntel

Gummimäntel

Windjacken

Herrenkragen, Cravatten,

Herrenanzüge

Burschenanzüge

Knabenanzüge

Waschanzüge

Sportstutzen,

Taschentücher, Sportshemden.

Bleyle's Knabenanzüge

Bleyle's Sweateranzüge

Bleyle's Herrenwesten

Bleyle's Knabenwesten

Wickelgamaschen,

Socken, Hosenträger

Sommerjacken

Arbeitsanzüge

Metzgerjacken

Arbeitsmäntel

Socken, Hosenträger